

Erzgebirgischer Volksfreund

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adolph, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Verleger: Herr C. M. Gärner, Aue, Erzgeb. 444, Schwarzenberg 264, Johanngeorgenstadt 264, Adolph 264, Neustädtel 264, Grünhain 264.

Abgabe von Anzeigen für die am Montag erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ ist bis zum Freitag 12 Uhr in den Druckerei-Büros des Verlegers C. M. Gärner in Aue, Erzgeb. 444, Schwarzenberg 264, Johanngeorgenstadt 264, Adolph 264, Neustädtel 264, Grünhain 264, möglich. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag in der ersten Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag in der ersten Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ veröffentlicht. Die Anzeigen werden in der Regel am Montag in der ersten Ausgabe des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ veröffentlicht.

Nr. 168.

Freitag, den 20. Juli 1928.

81. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Auf Grund von § 30 Abs. 2 der Reichsverordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. 3. 1928 hat die Kreisauptmannschaft Zwickau mit Zustimmung des Ministeriums des Innern im Einverständnis mit dem Finanzministerium die Höchstfahrgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge auf der Straßenstrecke vom Bahnhof Radlumbad Oberschlema ab bis zur Staatsstraße Annaberg-Schneeberg auf 20 Kilometer in der Stunde herabgesetzt.

Zu widerhandlungen sind nach § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909/21. Juli 1923 strafbar.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 17. Juli 1928.

Mit Genehmigung der Kreisauptmannschaft Zwickau werden die dem Durchgangsverkehr dienenden öffentlichen Gemeindegewege **Hundshübel-Neidhardtsthal** (sog. Hübelraumweg) und **Hundshübel-Unterstützengrün** (sog. Grundweg) für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen aller Art aus verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen gesperrt.

Zu widerhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 21 des Gesetzes

über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 437) bestraft.

Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, 16. Juli 1928.

Mit Genehmigung der Kreisauptmannschaft Zwickau wird der dem Durchgangsverkehr dienende Weg **Rautenkranz-Neues Wiesenhaus** (sog. Rautenkranz Straße) innerhalb der Staatsfortreviere Rautenkranz und Carlsfeld vom Ortsausgang in Rautenkranz bis zum Auftreffen auf die Wilzschgrundstraße für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen aller Art aus verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Gründen gesperrt.

Zu widerhandlungen werden nach § 366 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs in Verbindung mit § 21 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzblatt Seite 437) bestraft.

Die Amtshauptmannschaften Auerbach und Schwarzenberg, am 16. Juli 1928.

Freitag, den 20. Juli 1928, vormittags 11 Uhr, sollen in **Bernsbach 1 Posten Schneefang, Teerpappen, 1 Schreibstift mit harter Platte und 1 Schreibstiftschlüssel** öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthof zum Lamm. □ 4286/27.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.

Aue.

Zwei Hunde

sind hier zugelassen. Auskunft erteilt die Polizeiwache. Falls sie vom Empfangsberechtigten nicht bis 20. Juli 1928 mittags 12 Uhr abgeholt werden, wird darüber verfügt.

Aue, den 19. Juli 1928.

Der Stadtrat.

Ab 16. Juli 1928 hat Herr Dr. med. Rosenthal das Amt des städtischen Wohlfahrts-, Fürsorge- und Schularztes für die Stadt Schwarzenberg ohne den Stadtrat Neuwelt und Herr Dr. med. Müller das gleiche Amt für den Stadtrat Neuwelt übernommen. Herr Dr. Rosenthal ist überdies Polizeiarzt. Im Falle vorübergehender Verhinderung vertreten sich beide Ärzte gegenseitig.

Schwarzenberg, 18. Juli 1928.

Der Rat der Stadt.

Ein braun-weiß gefleckter **Häuserhund** (Schulterhöhe 42 Zentimeter) ist zugelassen.

Gegen Erstattung der entstandenen Kosten innerhalb drei Tagen abzuholen. Bei Nichtabholung wird anderweitig verfügt.

Neudorf, den 18. Juli 1928.

Der Gemeinderat.

Jahrmarkt in Neustädtel.

Sonntag, den 29., und Montag, den 30. Juli 1928.

Das „wohlwollende“ aber vorsichtige England.

Es denkt nicht an die Räumung.

Die schwierige Kostenberechnung.

London, 18. Juli. Im Unterhaus wurde heute die Anfrage gestellt, ob die britische Regierung das vor kurzem gefällte Ersuchen des deutschen Reichskanzlers bezüglich der Rheinlandräumung ermögen habe, und ob sie bereit sei, in wohlwollender Erwägung dieses Ersuchens zu handeln. Chamberlain erwiderte, der Reichskanzler habe in seiner Reichstagsrede keine ausdrückliche Forderung bezüglich der Räumung des Rheinlandes gestellt, sondern lediglich der Ansicht Ausdruck verliehen, daß das besetzte Rheinland in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse noch vor Ablauf des durch den Vertrag von Versailles festgesetzten Zeitpunktes geräumt werden sollte. Die britische Regierung stehe dieser Ansicht wohlwollend gegenüber, aber eine vorzeitige Räumung des Rheinlandes könne, wie er bereits früher auseinandergesetzt habe, nur aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen den Befehlsmächten und Deutschland erfolgen, bei der neben den Befehlsmächten auch andere Mächte befragt werden müßten. Die britische Regierung sei jedenfalls bereit, etwaige Vorschläge, die von einer an dieser Frage stärker interessierten Seite ausgingen in wohlwollender Erwägung zu ziehen.

Auf die weitere Frage, ob die Regierung auch an die Mehrkosten denke, die das Verbleiben der britischen Truppen im Rheinlande verursache, und ob die Regierung mitteilen könne, auf wieviel sich diese Mehrkosten beläufen, antwortete Chamberlain: Diese Mehrkosten seien nicht der Rede wert. Die Frage: Ist es nicht eine Tatsache, daß die Kosten der britischen Besatzung im Rheinland von der Entschädigungssumme abgezogen werden, die wir von Deutschland zu erhalten haben? beantwortete Chamberlain wie folgt: „Die Kosten unserer Besatzung im Rheinlande bilden einen Posten, der von den Reparationen bezahlt wird. Jedoch steht unser Anteil an den Reparationen in keinem direkten Verhältnis zu dem Anteil an der Summe, die Deutschland für die Aufrechterhaltung der Besatzung im Rheinland zu bezahlen hat.“ Der Fragesteller warf ein: „Wie erhalten also weniger an Reparationen? Chamberlain: „Und mehr an Besatzungskosten.“

Der Abg. Kirkwood stellte die Frage: „Ist der Staatssekretär des Außenwesens nicht bereit, endlich die Rolle des Starren zu übernehmen, der sich seiner Stärke bewußt ist und es sich leisten kann, edelmütig zu sein? Ist es nicht für uns an der Zeit, der Welt unseren Friedenswillen zu beweisen, indem wir alle unsere Truppen vom Rhein zurückziehen? Chamberlain erwiderte: „Ich habe bereits gesagt, daß ich es zurzeit nicht für zweckmäßig erachte, eine Initiative zu ergreifen. Die Zurückziehung der britischen Truppen allein würde die Frage der Rheinlandräumung weder lösen noch sie einer Lösung näher bringen.“

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob in Anbetracht der kürzlichen Erklärungen des Reparationsagenten und des deutschen Reichskanzlers irgendwelche Schritte unternommen worden seien, um eine Konferenz der beteiligten Mächte zur endgültigen Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen herbeizuführen. Cecil erwiderte, die Regierung sei selbstverständlich bereit, jeden Vorschlag zur Regelung der deutschen Reparationen, der ihr unterbreitet werde, mit größter Aufmerksamkeit zu prüfen, vorausgesetzt, daß derartige Vorschläge so gehalten seien, daß sie die Rechte und Interessen des britischen Reiches sicherstellen und sich mit den Richtlinien der britischen Politik in Einklang befänden. Soweit er wisse, seien bisher in dieser Frage noch keine

konkreten Vorschläge irgendwelcher Art formuliert worden und er glaube nicht, daß es für die britische Regierung möglich oder ratsam sei, von sich aus in dieser Sache irgend etwas zu unternehmen.

Die Anfragen kamen alle von sozialistischer Seite. Sie sind bestellte Arbeit. Ebenso wohl auch die Antworten, die lebenswürdig und wohlwollend gehalten sind, damit der deutschen Regierung keine Schwierigkeiten gemacht werden. Aber einen positiven Inhalt haben die Antworten nicht. Sie gehen, wenn man alles Beiwert abzieht, darauf hinaus, daß das deutsche Schicksal von den Franzosen bestimmt wird, und daß die Engländer den Franzosen nicht hineinreden wollen.

Parker Gilbert über den Dawesplan.

Paris, 18. Juli. Gestern fand eine Sitzung der Reparationskommission und des Transfereauschusses statt, in welcher der Generalagent Ausführungen über das Funktionieren des Dawesplanes machte.

Friedensschluß mit deutschen Kindern.

London, 18. Juli. Der Grafschaftsrat hat eine Bestimmung aufgehoben, die deutschen und österreichischen Kindern in den Londoner Schulen die Erlangung von Stipendien oder Freistellen verwehrt. (Es hat immerhin 10 Jahre gedauert, bis die Londoner den Krieg auch gegen die deutschen Kinder einstellten. C. B.)

Die englische Antwort auf die Kelloggnote.

London, 18. Juli. Die britische Note, in der die Zustimmung zu dem Kriegsverfassungspakt des Staatssekretärs Kellogg zum Ausdruck gebracht wird, wurde heute dem amerikanischen Botschafter überreicht.

London, 18. Juli. Im Unterhaus erklärte Chamberlain auf verschiedene Anfragen, er habe heute vormittag dem amerikanischen Geschäftsträger die Antworten der Regierungen Großbritanniens und der Dominions übergeben, in denen die Vorschläge der amerikanischen Regierung für einen vielseitigen Vertrag zum Kriegsverzicht angenommen werden. Die britische Regierung werde glücklich sein, den Vertrag zu der Zeit und an dem Orte zu unterzeichnen, die der Regierung der Vereinigten Staaten angenehm sind. Die Antwort werde am Freitag früh veröffentlicht werden.

Warschau, 18. Juli. Die Antwort der polnischen Regierung auf den Vorschlag der Achtung des Krieges ist überreicht worden. Sie gleicht dem französischen Muster.

Ein Dementi.

Berlin, 18. Juli. Zu einem Artikel des Daily Herald, wonach Rußland und Deutschland einen gemeinsamen Schritt in Kowno unternehmen wollen, wird gemeldet, daß von einem solchen nicht die Rede ist.

„Nied hoch!“

Das Wiener Sängerefest.

Begrüßung im Nationalrat. 5000 Deutsche aus Amerika nehmen teil.

Wien, 18. Juli. Vor Schluß der heutigen Sitzung des Nationalrates, der sich bis zum September vertagt, hielt Präsident Miklas eine Ansprache, in der er u. a. erklärte: „Wien und Oesterreich stehen in diesen Tagen im Zeichen des deutschen Liedes. Zu vielen Zehntausenden versammeln sich deutsche Sangesbrüder aus nah und fern in den Mauern Wiens, der Stadt der Lieder, der Stadt des unsterblichen Liederfürsten Franz Schubert. Nicht nur aus Deutschland und Oesterreich eilen sie herbei, sondern aus der ganzen Welt, der alten und der neuen, wo immer die deutsche Junge Klingt und deutsche Lieder erklingen. Ich weiß mich Ihrer aller Zustimmung gewiß, wenn ich die Stelle aus die deutschen Sängere und Gäste willkommen heiße und ihnen den herzlichsten Gruß der Deutschen Oesterreichs entbiete. (Lebh. Beif.) Indem wir alle dem großen deutschen Sängerefest ein glückliches Gelingen wünschen, geben wir der Erwartung Ausdruck, daß sein würdiger Verlauf nicht nur Oesterreich zur Ehre gereiche, sondern auch der ganzen Welt in Wohlklang und Frieden die Ehre und Größe des deutschen Namens künden möge.“ Die Ansprache des Präsidenten wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Wien, 18. Juli. Heute Nachmittag fand ein großer Empfang für die Vertreter der in- und ausländischen Presse statt. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Bundesfestauschusses, Jaksch. Dann sprach der Vorsitzende des Deutschen Sängerebundes, Rechtsanwalt Dr. Litz-Berlin. Er hob hervor, daß die Presse den Sängerebund aus seiner Verborgenheit herausgehoben und bekannt gemacht habe. Das sechste Bundesfest möge dazu bestimmt sein, das deutsche Volksbewußtsein zu stärken und die künftige Vereinigung aller deutschen Stämme zu fördern. Redakteur Winter aus Neuyork teilte darauf mit, daß nicht weniger als 5000 deutsche Männer aus Amerika nach Wien gekommen sind.

Unerhörte französische Zumutung.

Landau (Pfalz), 18. Juli. Zur Verhaftung des Polizeikommissars Bauer aus Zweibrücken verlautet, daß die Franzosen, nachdem sie im Zweibrückener Flaggenprozeß die deutsche Polizeibehörde schon der fahrlässigen Untersuchungsführung (!) bezichtigt haben, Bauer deshalb verhafteten, weil sie in ihm denjenigen sehen wollen, der die Klarstellung des Sachverhaltes verdunkelt habe.

Der Lohnsatz für die Berliner Metallindustrie angenommen.

Berlin, 18. Juli. Die Berliner Metallindustriellen beschloßen, dem Lohnsatz, der bereits von den Arbeitnehmern angenommen worden ist, ihre Zustimmung zu geben. Das neue Lohnabkommen tritt am 30. Juli in Kraft und gilt zunächst bis 30. April 1929, wo es erstmals mit einer Frist von vier Wochen gekündigt werden kann.